Ressort: Finanzen

Zeitung: Regierung rechnet 2013 mit gleichbleibender Arbeitslosigkeit

Berlin, 27.12.2012, 18:56 Uhr

GDN - Entgegen der Prognosen vieler Konjunkturforscher rechnet die Bundesregierung für das kommende Jahr mit einer in etwa gleichbleibenden Arbeitslosigkeit. Zu dieser Einschätzung ist die Regierung bei der Vorbereitung des neuen Jahreswirtschaftsberichts gelangt, den das Wirtschaftsministerium am 16. Januar offiziell vorlegt.

Es werde damit gerechnet, "dass die Arbeitslosenquote 2013 in etwa unverändert bleibt", heißt es nach Informationen des "Handelsblatts" (Freitagausgabe) in der Vorlage des Ministeriums für den Bericht. Für 2012 weisen die Daten im Jahresdurchschnitt 2,9 Millionen Arbeitslose aus, was einer Quote von 6,8 Prozent entspricht. Zugleich bleibe die Beschäftigungsentwicklung "weiterhin moderat aufwärtsgerichtet", heißt es in der Vorlage weiter. Bereits im Herbst hatte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Marke von 29 Millionen übersprungen. Auf einen Zuwachs von mehr als 350.000 im alten Jahr dürfte laut Regierungseinschätzung 2013 ein weiterer fünfstelliger Zuwachs folgen. Der bemerkenswert positive Ausblick der Regierung wird von unabhängiger Seite gestützt. Das für das "Handelsblatt" berechnete Beschäftigungsbarometer des Ifo-Instituts signalisiert ebenfalls, dass sich die in den vergangenen Monaten gedämpfte Entwicklung am Arbeitsmarkt schon wieder bessert. Die deutsche Wirtschaft zeige sich "zunehmend offener für weitere Neueinstellungen", sagte Ifo-Arbeitsmarktexperte Klaus Wohlrabe. Auch der Chef der Industriegewerkschaft Metall, Berthold Huber, zeigt sich zuversichtlich, dass die abflauende Konjunktur keinen Abschwung am deutschen Arbeitsmarkt auslösen wird. "Die IG Metall erwartet für 2013 weitgehend stabile Beschäftigungszahlen", sagte Huber. "Eine Krise, die sich in umfassendem Beschäftigungsabbau niederschlägt, sehen wir nicht." Ungeachtet der zuversichtlichen Grundeinschätzung drängt die IG Metall jedoch ebenso wie die Arbeitgeber darauf, dass die Regierung die Regelungen für den Einsatz von Kurzarbeit weiter lockert. "Die zunehmend volatile wirtschaftliche Entwicklung gerade auch innerhalb von Branchen und Regionen erfordert Vorsorgemaßnahmen zur Beschäftigungssicherung", mahnte Huber. "Wir brauchen deshalb dringend die Kurzarbeit für Leiharbeiter und Kurzarbeitergeld für 24 Monate." Eine solche "vorausschauende Beschäftigungspolitik" sei "für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-4826/zeitung-regierung-rechnet-2013-mit-gleichbleibender-arbeitslosigkeit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com